

## Ergänzendes Dokument zum VCI-Beitrag zur Konsultation zur Überarbeitung der europäischen Energiesteuerrichtlinie

### Allgemein

Die drei unter Punkt 4 und der Frage „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Zielsetzungen zu?“ genannten Antwortoptionen sind aus Sicht des VCI zu weitgehend, da es sich bei der vorliegenden Konsultation um eine Konsultation zur Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie handelt. Die Energiesteuer ist nicht vordringlich ein Instrument der Emissionsminderung. Sie kann maximal eines von vielen Instrumenten sein. Die Konsultationsfragen sollten sich künftig auf die jeweiligen Regelungsbereiche fokussieren.

Aus Sicht des VCI sollte die Energiebesteuerung weiterhin Teil der Steuerpolitik bleiben, damit nationale Besonderheiten berücksichtigt werden können. Die Energiesteuer als Teil der Umweltpolitik zu behandeln, würde zudem den Sinn und Zweck einer Steuer entfremden.

Die Energiesteuerrichtlinie darf nicht die Versorgungssicherheit mit Energie rund um die Uhr gefährden. Fossile Brennstoffe, wie beispielsweise Gas, sind für eine Transformationsphase noch notwendig und sollten daher auch steuerlich so behandelt werden, dass sie für diese Transformationsphase wettbewerbsfähig eingesetzt werden können.

Eine Revision der Energiesteuerrichtlinie mag die Wettbewerbsfähigkeit im EU Binnenmarkt stärken. Sie muss aber auch die Effekte auf internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produktionen beachten. Strompreise in der EU sind bereits im internationalen Vergleich sehr hoch und zusätzliche nationale Klimaschutzmaßnahmen, wie der Kohleausstieg in Deutschland, werden zu einem weiteren Anstieg führen. Eine Revision sollte auch im Fokus haben, den bürokratischen und administrativen Aufwand für Unternehmen zu minimieren. Des Weiteren haben die Diskussionen um einen nationalen Emissionshandel für Non-EU-ETS-Sektoren in Deutschland gezeigt, dass die sozialen Auswirkungen von steigenden Energiesteuerraten sehr schwer vorhersagbar und deshalb zu vermeiden sind.

Grundsätzlich sollte eine Doppelbelastung von Energieerzeugnissen vermieden werden. Mit dem EU-Emissionshandel sind Energieerzeugnisse zumindest für die industrielle Nutzung bereits belastet. Durch die Einführung von nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystemen werden diese Energieerzeugnisse zweifach belastet. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten müssen deshalb auch wiederum zusätzliche Entlastungsregelungen getroffen werden. Dies wäre auch bei einer zusätzlichen europäischen CO<sub>2</sub>-Belastung erforderlich. Die verschiedenen Instrumente müssen hier dringend aufeinander abgestimmt sein.

## Änderung der Bemessungsgrundlage/Mindeststeuersätze

Der VCI befürchtet bei einer Änderung der Bemessungsgrundlage auf den Energiegehalt oder die Treibhausgasemissionen hohe, wettbewerbsgefährdende Belastungen der Heizstoffe im industriellen Bereich und bittet dies bei einem Impact Assessment sorgfältig zu prüfen. Insbesondere bei sogenannten Ersatzbrennstoffen, beispielsweise inhomogenen Mischungen flüssiger Chemieabfälle oder kohlenwasserstoffhaltigen Fraktionen aus Haus- und Gewerbeabfällen, ist die Analyse des Energie- und CO<sub>2</sub>-Gehaltes mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden und in einer Vielzahl von Fällen technisch sogar unmöglich. Das Carbon Leakage Risiko für energieintensive Unternehmen darf durch eine Umstellung der Bemessungsgrundlage nicht steigen.

Der VCI empfiehlt zwischen Heiz- und Kraftstoffen zu differenzieren, aufgrund unterschiedlicher Preiselastizitäten. Wenn eine Umstellung der Bemessungsgrundlage auf Treibhausgasemissionen erwogen wird, könnten bei Kraftstoffen hohe CO<sub>2</sub>-Preise realisiert und damit ein Anreiz geschaffen werden, in CO<sub>2</sub> reduzierte Kraftstoffe zu investieren. Heizstoffe für den privaten Bedarf müssten aus sozialpolitischen Erwägungen und Heizstoffe für den unternehmerischen Bedarf aus wettbewerbspolitischen Aspekten – wie in der gegenwärtigen volumenbasierten Besteuerung auch – deutlich niedriger besteuert werden.

## Nominale Steuersätze

Differenzierte Steuerraten, Ausnahmen und Reduzierungen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie aufrechtzuerhalten. Diese Möglichkeiten für Mitgliedsstaaten einzuschränken bedeutet einen sehr weitgehenden Eingriff in die Steuerhoheit der einzelnen Mitgliedstaaten, der die nationale politische Gestaltung des Energiemixes beeinträchtigt. Die Mitgliedstaaten brauchen Flexibilität, um die 2050-Klimaziele erreichen zu können. Ein zu enges Korsett durch die europäische Energiesteuerrichtlinie wäre kontraproduktiv.

Trotzdem sollte in einigen Fällen eine Steuerbefreiung obligatorisch sein. Z.B. die Kraftstoffe für Binnenschiffe sollte obligatorisch steuerbefreit bleiben, um einen Anreiz zu geben, die Waren nicht über die Straße zu transportieren. Die ETD sollte den Mitgliedsstaaten des Weiteren die Möglichkeit geben neue Energieprodukte anders als traditionelle Energieprodukte zu besteuern. Andere Produkte, wie z.B. Abfälle, die als Gefahrstoffe deklariert werden müssen und bei denen klar ist, dass diese nur den Weg der thermischen Verwertung gehen können, sollten nicht in den Anwendungsbereich der ETD fallen.

Eine einheitliche Auslegung des sogenannten Auffangtatbestands (Art. 2 Abs. 3 RL 2003/96/EG) wäre dringend geboten, da zurzeit die Mitgliedstaaten diese Regelung sehr unterschiedlich auslegen.

## Produktion von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom

Aus Sicht des VCI ist es wichtig, dass es hier nicht zu einer Input- und Output-Besteuerung kommt. Derzeit sind Brennstoffe für die Stromerzeugung befreit, da der Stromverbrauch besteuert wird. Dies muss beibehalten werden, denn ansonsten verzerren Energiesteuern den Strombinnenmarkt.

Bezüglich der zweiten Antwortoption gilt es zu differenzieren, da die geltende Energiesteuerrichtlinie mit den genannten Aspekten völlig unterschiedliche Sachverhalte adressiert:

1. Bestimmungen über die Steuerbefreiung von Energieerzeugnissen, die zur Herstellung von Energieerzeugnissen verwendet werden

Die Regelung in Artikel 21 Absatz 3 ist dahingehend zu ändern, dass sowohl Eigen- als auch Fremdbezug keine Steuerentstehung begründen (Grundsatz). Die Mitgliedstaaten können den Fremdbezug als Steuerentstehung ansehen (Ausnahme). Damit würde die beihilferechtliche Problematik vermieden, wenn der Fremdbezug von der Besteuerung ausgenommen werden soll.

2. Bestimmung über die Steuerbefreiung von Energieerzeugnissen, die zur Herstellung von elektrischem Strom eingesetzt werden

Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a) Satz 1 stellt eine obligatorische Steuerbefreiung dar, die im nächsten Satz durch eine Option für die Mitgliedstaaten wieder eingeschränkt wird. Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a) Satz 2 sollte daher gestrichen werden

3. Bestimmungen über die Verwendung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom, die nicht in den Anwendungsbereich der Energiesteuerrichtlinie fallen

Gemeint sind die Regelungen in Artikel 2 Absatz 4 der Energiesteuerrichtlinie. Sie haben sich bewährt und sollten beibehalten werden.

## Wasserstoff

Aus Sicht des VCI sollten Steuerbefreiungen für Wasserstoff möglich sein. Es gilt bei einer Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie zu beachten, dass klimaneutraler Wasserstoff ein knappes und stark nachgefragte Gut sein wird. Die Industrie wird klimaneutralen Wasserstoff in hohen Mengen benötigen, da dies die einzige Möglichkeit der Dekarbonisierung für energieintensive Industrien sein wird.

Ansprechpartnerin: Jenna Juliane Schulte, Abteilung Energie, Klimaschutz und Rohstoffe

Telefon: +49 (30) 200599-13

E-Mail: [schulte@berlin.vci.de](mailto:schulte@berlin.vci.de)

Internet: [www.vci.de](http://www.vci.de) · Twitter: <http://twitter.com/chemieverband> · Facebook: <http://facebook.com/chemieverbandVCI>

Verband der Chemischen Industrie e.V.  
Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt

- Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40
- Der VCI ist in der „öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ des Deutschen Bundestags registriert.

*Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2018 über 204 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 462.000 Mitarbeiter.*